

„Nicht an der Sicherheit sparen“

Innenminister Herbert Kickl zur Diskussion über die Personalsituation in der Bundespolizei, über Neuaufnahmen und die Rekrutierungsoffensive.

In den Medien war häufig von einem „Personal-Notstand“ bei der Polizei zu lesen, von einem „Sparbefehl“ oder gar davon, dass die Sicherheit gefährdet sei.

Worum es in Wahrheit geht, ist eine Anpassung an neue Gegebenheiten des Jahres 2019 – sowohl was die Personalsituation als auch die Aufgabenstellung betrifft. Heuer gibt es zum Beispiel keine EU-Ratspräsidentschaft mehr, daher gibt es auch nicht mehr diese große Last der Überstunden.

An der Sicherheit wird nicht gespart?

Nicht an der Sicherheit der Exekutivbeamten und nicht an der Sicherheit der Bevölkerung. Meine klare Vorgabe an die Führungskräfte lautet: Weiterhin für höchstmögliche Sicherheit im Land zu sorgen. Dazu zählt die Sicherstellung einer bedarfsorientierten polizeilichen Präsenz im öffentlichen Raum. In bestehenden Strukturen und Abläufen nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen und vorhandene Ressourcen verantwortungsvoll, angepasst und wirkungsorientiert zum Einsatz zu bringen.

Schon 2018 gab es eine positive Entwicklung hinsichtlich Personal. Kann dieser Trend fortgesetzt werden?

Die Versäumnisse der letzten Jahre und Jahrzehnte wiegen leider schwerer, als dass man sie in nur einem Jahr kompensieren könnte. Dennoch haben



Herbert Kickl: „Wir wollen für höchstmögliche Sicherheit sorgen.“

wir vieles erreicht, um die personelle Lage der Polizei zu verbessern. Wir haben 2.100 neue Planstellen und 2.000 Ausbildungsplätze erkämpft, die nun sukzessive besetzt werden. Schon 2018 gab es einen deutlichen Überhang der Neuaufnahmen gegenüber den Abgängen. 2019 wird dieses Plus noch größer; laut Plan sollen mehr als 2.000 Polizeischüler ihre Ausbildung beginnen. 2019 wird es bereits zu einem eheblichen Netto-Personalzuwachs bei den Landespolizeidirektionen und damit auch in den Polizeiinspektionen kommen.

Bieten die Bildungszentren der Sicherheitsexekutive genügend Raum für die Ausbildung der mehr als 2.000 Polizeischüler, die 2019 ihre Ausbildung beginnen?

Um den neuen Polizeischülerinnen und -schülern eine optimale Ausbildung zu ermöglichen, haben wir die Ausbildungskapazitäten in den Bildungszentren Feldkirch, Graz, Krumpondorf und Linz bereits 2018 erweitert. Für 2019 wird es zusätzliche Kapazitäten für die Bildungszentren Wien und Traiskirchen geben. In Wels eröffnen wir ab Herbst 2019 ein neues Ausbildungszentrum für Polizei-Grundausbildungskurse. Wir werden 2019 in unseren Bildungszentren um 159 Ausbildungsplätze für die E2a-Ausbildung und 904 für die Polizeigrundausbildung mehr haben, als 2017.

Der Polizeiberuf ist offenbar wieder „in“, wie die Bewerber-Zahlen zeigen.

Mit weit mehr als 7.000 Bewerberinnen und Bewerbern konnten wir 2018 das zweitbeste Ergebnis aller Zeiten erreichen. Erfreulich blicke ich auf die Jänner-Zahlen 2019 – da gibt es bereits um 150 Bewerberinnen und Bewerber mehr für den Polizeiberuf, als es im Vergleichszeitraum des Vorjahres gewesen sind. Das hängt einerseits mit unserer Rekrutierungsoffensive zusammen und andererseits mit der „Polizeiaufnahme neu“, die nun österreichweit einheitlich geregelt ist: mit zwei knapp aufeinander folgenden Testtagen und einer Wartezeit von nur drei bis maximal fünf Monaten bis zur Ausbildung.

BUNDESPOLIZEI

„Gefährliche Einsätze“

In den vergangenen Jahren stieg die Zahl der Fälle, in denen Hieb- und Stichwaffen (insbesondere Messer) bei Gewaltdelikten eingesetzt wurden, kontinuierlich an. Betrachtet man in der polizeilichen Kriminalstatistik alle Delikte in Verbindung mit Stichwaffen, so wurden 2016 rund 3.500 Delikte gezählt. Im Vergleich mit 2013 stellt dies eine Steigerung von 84 Prozent dar; im Vergleich mit 2008 bedeutet es einen Zuwachs von 335 Prozent. Im Jahr 2017 kam es zu 29 Angriffen mit

Stichwaffen auf Exekutivbedienstete. Das ist im Vergleich zu 2015 eine Steigerung von 52 Prozent; im Vergleich zum Jahre 2012 beträgt die Steigerung sogar 190 Prozent.

„Diese Entwicklungen geben Anlass, die polizeilichen Einsatzstrukturen, die speziell für die Bewältigung gefährlicher Einsatzlagen zuständig sind, zu bewerten und weiterzuentwickeln“, sagte Innenminister Kickl. Die Generaldirektorin für die öffentliche Sicherheit, Michaela Kardeis, gab deshalb das Projekt „Bewältigung gefährlicher Einsätze“ in Auftrag. „Eine

zentrale Aufgabe des Projekts wird sein, zwischen dem polizeilichen Regeldienst einerseits und den Anti-Terror-Aufgaben andererseits Strukturen einer professionell ausgebildeten und ausgerüsteten Einsatzkomponente zu schaffen, damit der allgemeine Streifendienst im Bedarfsfall rasch und wirkungsvoll unterstützt werden kann“, sagt Ministerialrat Bernhard Treibenreif, Direktor des Einsatzkommandos Cobra/Direktion für Spezialeinheiten, der für das Projekt verantwortlich ist. Das Projekt läuft voraussichtlich bis Ende des Jahres 2020.